

# Überreiter Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Überreiter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 284.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Poststelle oder deren Raum 25 Pf., Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137.

Donnerstag, den 14. Juni 1917.

24. Jahrg.

## Weltverarmung.

Der Krieg hat die beteiligten Mächte heute bereits weit über 300 Milliarden gekostet. Das ist eine Summe, die sich der gewöhnliche Sterbliche kaum vorzustellen vermag. Sie bedeutet, daß jeder Tag des Krieges nicht viel weniger als 350 Millionen verschlang, jede Stunde Krieg fast 15 Millionen.

Kein Krieg beanspruchte je auch nur annähernd gleich gewaltige Summen. Der nicht ganz drei Jahre dauernde Burenkrieg forderte von England einen Aufwand von 4 1/2 Milliarden Mark, soviel etwa, wie England heute in fünf Wochen auszugeben gewohnt ist.

Der russisch-japanische Krieg, der rund anderthalb Jahre dauerte, bedeutete für das Zarenreich Ausgaben im Betrag von knapp 3 Milliarden, für Japan einen Aufwand von 2 1/2 Milliarden. Mit 5 1/2 Milliarden führt man heute gerade zwei Wochen lang Krieg.

Was will neben den Summen, die dieser Krieg verschlingt, selbst die Kriegsschädigung von fünf Milliarden belegen, zu der sich im Frieden von 1871 Frankreich gegenüber Deutschland verpflichten mußte? „Man konnte damals nicht begreifen, wie eine solche Summe überhaupt aufzubringen sein würde, und es gab Leute, die sich die Köpfe darüber zerbrachen, was man mit dem vielen Geld eigentlich anfangen sollte.“ schrieb kürzlich die „Frankfurter Zeitung“ bei einem Vergleich der genannten Zahlen mit den Kosten dieses Weltkrieges. „Und doch, wie klein nimmt sich die Summe heute aus gegenüber den Erfordernissen des gegenwärtigen Krieges! Allein die Aufwendungen eines Monats machen das Zweieinhalbfache der damaligen französischen Kriegsschädigung aus.“

Alles Gold, das seit dem fünfzehnten Jahrhundert in der ganzen Welt gefördert wurde, ergibt zusammengeschüttelt erst einen Wert von 62 Milliarden. Wäre es möglich, die mehr als 300 Milliarden, die der Weltkrieg bis dahin in sich zwanzigmarkstücken nebeneinanderzuliegen, so ergäbe das ein blinkendes Band, lang genug, um damit achtmal und mehr die Erde zu umwickeln.

Deutschland steht mit der Höhe seiner bisherigen Kriegskosten nicht an erster Stelle. Aber lassen wir auch „nur“ die 60 bis 70 Milliarden ins Auge, die das Deutsche Reich bislang für die Kriegführung ausgegeben hat — was hätte man mit ihnen bei anderer Verwendung nicht alles fertigbringen können!

Für diejenigen, die immer auf die Notwendigkeit hinweisen, Deutschland reichere Rohstoffquellen zu erschließen, hätte man Landesteinkäufe in fremden Erdteilen machen können, groß genug, um jedem Anspruch zu genügen. In seiner kleinen Broschüre „Die soziale Bilanz des Krieges“ weist Barons beispielsweise auf die fruchtbaren südatlantischen Gebirge Nordamerikas hin. Nach dem Zenius der Vereinigten Staaten vom Jahre 1910 betrug der Wert sämtlicher Farmen in South-Atlantic zwölf Milliarden Mark. Jene Farmen aber liefern jahraus, jahrein nicht weniger als vier Milliarden Ballen Baumwolle, das heißt viermal mehr, als die ganze deutsche Industrie gebraucht, ganz ungenutzt die vielen Schiffsadungen Getreide, die Riesenerden von Schlachtwiege, die zahlreichen anderen wertvollen Produkte jener landwirtschaftlichen Betriebe, die alljährlich für die zwölf Milliarden in unseren Besitz gekommen wären.

Für weitere zwölf Milliarden wäre es eine Kleinigkeit gewesen, genug Bergwerke, Petroleumquellen und Plantagen in der ganzen Welt zu erwerben, um auch den größten Teil aller sonstigen Rohstoffbedürfnisse unserer Industrie zu befriedigen, ohne erst auf kolonialem Neuland herumexperimentieren zu müssen.

Dem deutschen Außenhandel einen märchenhaften Aufschwung zu verleihen, hätten noch weniger Milliarden genügt. Der Wert der gesamten deutschen Handelsflotte vor dem Kriege betrug nach Barons etwa drei Viertelmilliarden Mark, der der englischen rund drei Milliarden. Für ein paar Milliarden hätte die deutsche Handelsflotte zur stärksten der Welt gemacht werden können, wäre es möglich gewesen, die deutsche Schifffahrt in den Stand zu setzen, den Weltmarkt in starkem Umfang an sich zu reißen und „die Frachten für Rohstoffe so herabzusetzen, daß die Ueberlegenheit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gefährdet worden wäre.“

Es wären dann noch immer dreißig Milliarden und mehr übrig geblieben, etwa, um sie für soziale Zwecke zu verwenden.

Schon mit fünf Milliarden hätte man da viele tausend Morgen Moor- und Dehland kultivieren und eine Viertelmillion neuer hübscher Bauernhöfe einrichten können.

Mit zehn weiteren Milliarden wäre es ein leichtes gewesen, eine Million gesunder, freundlicher Gartenhäuschen am Rande der großen Industriestädte zu erbauen, mit geräumigeren Wohnungen für je zwei, drei Familien, mit Raum für sechs bis zehn Millionen Menschen.

Nochmals zehn Milliarden, und ein halbes Hunderttausend moderner, schöner Schulen, wohlbeleuchteter, freundlicher Krankenhäuser und Invalidenheime hätten hergestellt werden können, auf jedes Stadtviertel, auf

jeden Gemeindeverband von etwa 5000 Seelen vielleicht zwei schöne neue Schulgebäude, Kinderhorte oder dergleichen und eine Anstalt zur Aufnahme und Pflege von Kranken, Schwachen oder Krüppeln.

Dann würden immer noch fünf oder zehn Milliarden geblieben sein, um andere Wohlfahrtseinrichtungen zu treffen, in einem Umfang, daß sich dem von den heutigen Wohltätigkeitsstiftungen und sozialen Anstalten kaum etwas würde vergleichen lassen.

Es soll nicht gesagt sein, daß eine Summe von 70 Milliarden nach diesen Vorschlägen gerade am besten und zweckmäßigsten verwendet werden würde. Hundert andere, hundert bessere Pläne ihrer Verwendbarkeit wären sicher möglich, um selbst innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaftsordnung einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zu erzielen, der alles je Erlebte weit hinter sich lassen müßte.

Aber keine Verwendung von 70 Milliarden kann so unvorteilhaft sein wie ihre Hinopierung für einen Krieg. Würde er selbst mit einem glänzenden Siege enden, kein Gewinn könnte nie — auch vom Standpunkt der Imperialisten des sieghaften Landes nie — soviel an Vorteilen einbringen wie die Verwendung einer gleich großen oder auch nur halb so großen Summe für friedliche Förderung des wirtschaftlichen Lebens.

Das deutsche Volksvermögen — das heißt: der Wert des deutschen Grund und Bodens, aller vorhandenen Sachlichkeiten, der Fabriken und Maschinen, der Wege und Bahnanlagen, des Bestandes an ausländischen Wertpapieren usw. — wurde vor dem Kriege auf 330 bis 390 Milliarden Mark geschätzt. Damit vergleiche man, was Deutschland in diesem Kriege bislang an Milliarden hingab — und in Zukunft noch wird hingeben müssen, um die Wunden zu heilen, die der Krieg schlug, die Renten zu zahlen, die durch Tod und Verwundung von Kriegsteilnehmern nötig wurden.

Das Volksvermögen Englands — ohne seine Kolonien — sollte bei Beginn des Krieges etwa 330 Milliarden betragen. Schon bis Ende 1916 beliefen sich die Kriegskosten Englands auf fast 70 Milliarden Mark.

Frankreich, dessen Nationalvermögen man vor dem Kriege auf 260 Milliarden schätzte, hatte bis zum gleichen Zeitpunkt Kriegsausgaben in der Höhe von 44 Milliarden, das heißt in der Höhe eines Sechstels seiner gesamten Werte an Aedern, Industrieanlagen, Bahnen und Bodenschätzen.

Die Kriegskosten Rußlands in der Höhe von 52 Milliarden und die Italiens in der Höhe von 13 Milliarden (bis Ende 1916) wiegen für diese Länder um so schwerer, als sie — nach Berechnungen des Oberfinanzrates Dr. Schwarz im „Bankarchiv“ — zu 22 und 25 Prozent durch Anleihen im Ausland gedeckt werden mußten, während dort 34, hier 17 Prozent durch die Ausgabe von Banknoten und Papiergeld aufgebracht werden mußten, was später wahrscheinlich auch wieder zur Aufnahme von Deckungsanleihen im Ausland zwingen wird.

Kein einziges am Kriege beteiligtes Land, das nicht durch den Krieg in schwierigere finanzielle Verhältnisse gedrängt worden wäre, von Amerika und Japan vielleicht abgesehen, die ja bislang noch eher wirtschaftlichen Vorteil als Nachteil vom Kriege hatten. Wie furchtbare Bleigewichte werden die Kriegskosten die heute um den Sieg ringenden Länder, wie immer der Krieg enden mag, noch jahrzehntelang bei ihrem Mühen um neuen Aufschwung hemmen und beschweren.

Und doch sind die Verschuldungen, ist die Minderung des Nationalvermögens ja noch nicht das Schlimmste, das dieser Krieg seinen Teilnehmern auferlegt. Zu dem Opfer von mehr denn 300 Milliarden für unproduktive Zwecke tritt der Verlust unerzähllicher, unbezahlbarer Menschenleben in einer Fülle, die alles je Gewesene weit in den Schatten stellt. Auf sieben Millionen Tote berechnet man die Einbuße nach drei Kriegsjahren, von den Krüppeln und dem Geburtenrückgang noch ganz zu schweigen. Welche Verarmung muß erst hieraus der Welt erwachsen!

Und trotzdem gibt es immer noch Leute, die sich für die Fortführung dieses Krieges begeistern, die, um erwarteter, erhoffter Gewinne willen die Völker noch immer weiter in Armut und Elend treiben wollen, die ihre Augen dagegen verschließen, daß kein heute noch von einer Seite möglicher Gewinn umstände sein dürfte, auch nur die Geld- und Blutopfer einer weiteren Kriegswoge zu rechtfertigen.

Bereit wie Engelszungen finden die Zahlen der Kosten und Verluste dieses Krieges die Notwendigkeit seiner schleunigen Beendigung.

Das Ende ist möglich, ja, ist greifbar nahe, wenn alles sich durchringt, die Formel anzunehmen, die von der sieghaften russischen Revolution in das Kampfgewort geworfen worden ist: Friede ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker!

## Ein König vom Thron geworfen.

Das Herrschermartyrium des Griechenkönigs hat über Nacht ein Ende gefunden. Der 51jährige Herr, der mit der Prinzessin Sophie von Preußen, einer Schwester des deutschen Kaisers verheiratet ist, überträgt die Bürde seiner Krone seinem erst 24jährigen Sohne — er ist dazu von der Entente gezwungen worden! Lange Zeit schon legten sich die Kundigen in Europa die Frage vor, wie lange wohl der Griechenkönig noch Lust haben werde, sich so behandeln zu lassen, als es die feindlichen Mächte mit Griechenland liebten. Nun ist die lang erwartete Demission doch noch etwas plötzlich über Nacht gekommen. Die Nachrichten aus Griechenland waren in den letzten Monaten etwas spärlicher geflossen als früher. Seit dem Dezemberzusammenstoß vor dem Schloß in Athen und der zeitweiligen Abwesenheit des Königs von der Hauptstadt hatte sich die Entente immer ungenierter gebärdet, die gesamten Hilfsmittel des Landes für ihre Zwecke ausgenommen, Eisenbahnen und Häfen in eigene Verwaltung genommen und einen Teil des Griechenvolkes in eigenen Heeresdienst gepreßt. Der populäre frühere Ministerpräsident Venizelos leistete den Bedrückern wirksame Hilfe, Engländer und Franzosen berieten sich darauf, daß sie ja im Jahre 1863 Griechenland aus der Taufe gehoben, von den Türken befreit und unter ihren Schutz genommen haben, und auch sie deshalb ein Recht haben, zu verhindern, daß ein Hohenzollernfreund Land und Volk gegen dessen eigenen Willen an die Mittelmächte verlopelt. Konstantin leistete den übermächtigen Fremden, die das Land bald aushungerten, bald auslogen, Widerstand. Das lange es ging, er mußte aber Schritt für Schritt zurückweichen und ein Recht nach dem anderen preisgeben. Die Zurückziehung der Truppen und der Polizei, die Besetzung der Eisenbahnen und Häfen, die Kontrolle der Einfuhr und die Ablieferung der Waffen genügten aber den guten Freunden und Schutzvätern des Hellenenvolkes immer noch nicht — in der letzten Woche begannen sie auch im Norden Süde aus dem Lande herauszuschneiden, um ein selbständiges Libanon zu errichten, in Wahrheit um Italien seine Ansprüche auf dem anderen Ufer des Adriatischen Meeres zu sichern. Italienische Truppen besetzten die Hauptstadt des Epirus, Janina, und drangen auch weiter nach Süden vor, in den Leib Griechenlands hinein, der nun schon von drei Seiten her zerstückelt oder doch von Fremden besetzt ist. Zu gleicher Zeit wird nämlich gemeldet, daß Truppen transportschiffe der Allierten im Golf von Korinth

angekommen sind und die vorgelagerte Insel Itaka besetzt ist. Es handelt sich offenbar für die feindlichen Mächte darum, den wegen des Unterseebootkrieges gefährdeten Seeweg durchs Mitteländische Meer zu vermeiden und Truppen wie Versorgungsbedarf aus Frankreich auf der Bahn durch Italien und über die schmalen Stellen des Adriatischen Meeres bis Griechenland und dann auf der griechischen Bahn nach Saloniki zu bringen. Dazu braucht man das Land und hat es — Schächer der Kleinen! — einfach weggenommen. Recht und Moral im Kriege!

Nun hat der König seinen Posten aufgeben müssen. Sein Nachfolger, der sich während des Krieges viel in Paris aufhielt und wohl überhaupt mit unseren Gegnern im Weltkriege sympathisiert, wird keinen Widerstand mehr leisten, sondern mit der Entente gehen, wahrscheinlich sogar die Beziehungen zu Deutschland abbrechen und dadurch Land und Thron zu retten suchen. Ob es ihm gelingt, wer weiß es? Auch er kann aus dem Weltbrande, der kein Land umloht, nur noch Trümmerstücke retten und muß abgeben, daß sie ihn nicht mit erschlagen!

Der Weltkrieg der Könige ist ein grausamer Revolutionskrieg, er rüttelt an Kronen und Thronen!

Ueber die Vorgänge in Griechenland liegen folgende von dort kommende, also zensierte Meldungen vor:

Montag vormittag hatte der Oberkommissar der Allierten, Zonnart, mit dem Ministerpräsidenten Zaimis eine Unterredung, in welcher er von ihm im Namen der Schutzmächte die Abdankung des Königs und die Bezeichnung eines Nachfolgers unter Ausschluß des Thronfolgers verlangte. Zaimis erkannte die Uneigen nützigkeit der Mächte (?) an, deren einziges Ziel die Wiederherstellung der Einheit Griechenlands (?) auf Grund der Verfassung sei, erwiderte aber Zonnart, daß ein Entschluß vom König erst am Abend nach Zusammenritt eines Kronrats, bestehend aus den ehemaligen Ministerpräsidenten, gefaßt werden könne. Trotz der Hekezeien gewisser Agitatoren wurde die Ruhe in den Straßen Athens nicht gestört. Nachdem Zaimis Zonnart den Brief mit der Annahme der Abdankung überreicht hatte, hat der ehemalige König die Absicht ausgesprochen, sich auf ein englisches Schiff zu begeben und über Italien nach der Schweiz zu fahren. Die Truppen, die zur Verfügung der Oberkommissars der



Gemengender weiß das „Berl. Tagebl.“ zu melden, die Mandate des gegenwärtigen Reichstags würden nochmals um ein Jahr, also bis 12. Januar 1919, verlängert. Es schreibt:

„Mit einer abermaligen Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode ist nunmehr mit Bestimmtheit zu rechnen. In Regierungs- wie in Abgeordnetenkreisen ist man sich darüber einig, daß die Neuwahlen keinesfalls schon im Januar nächsten Jahres stattfinden könnten, selbst nicht, wenn — was ja heute niemand wissen und voraussagen kann — bis dahin der Krieg zu Ende sein sollte. Die Rücksicht insbesondere der Mannschaften und Offiziere des Beurlaubtenstandes, der Landwehr und des Landsturms, deren Wahlrecht unter keinen Umständen beeinträchtigt werden kann und soll, würde auch in diesem Fall sich vermutlich noch um viele Monate verzögern. Unter diesen Umständen steht eine nochmalige Verlängerung des Mandats des gegenwärtigen Reichstags, voraussichtlich um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 12. Januar 1919, in Aussicht. Eine entsprechende Vorlage dürfte dem Reichstage in seiner Oktobertagung zugehen.“

### Ein Feind des Reichstagswahlrechts.

Im frommkonservativen „Reichshoten“ hat jetzt endlich Professor Dr. Ludw. Langemann, eine neue politische Größe, entdeckt, welche Neuorientierung uns nottut. Er schreibt dort nämlich:

„Der Urgrund aller unserer politischen Leiden steckt — das muß heute deutlich ausgesprochen werden — im Reichstagswahlrecht. An seine Verbesserung muß unverzüglich herangegangen werden, wenn das Reich gerettet und die Demagogie unschädlich gemacht werden soll. Zum mindesten ist es notwendig, daß die Wahlverhinderung aufhört, die den an sich gesunden Sinn des deutschen Volkes verwirrt und daß die Minderheiten zu ihrem Rechte kommen. Ist es nicht eine Ungerechtigkeits ohne gleichen, wenn z. B. Staaten wie Hamburg jahraus, jahrein im Reichstage ausschließlich von Sozialdemokraten vertreten sind, während ihre das geistige und Wirtschaftsleben schaffenden Kreise rechtlos und mundtot gemacht sind?“

Im 35. Kriegsmonat eilt dem Professor Langemann nichts so sehr wie die Reform des Reichstagswahlrechts! Im 35. Kriegsmonat rechnet er die Arbeiterschaft noch immer nicht zu den schaffenden Ständen. Herr, vergib ihm!

Im übrigen haben wir gegen eine Vertretung der Minderheiten durch das Verhältniswahlrecht natürlich nicht das mindeste einzuwenden.

### Arbeitskammern oder Arbeiterkammern?

Im Jahre 1911 wurde vom Reichstag das Arbeitskammerngesetz nicht mehr verabschiedet. Einer Nachrichtenstelle zufolge ist jetzt die Reichsregierung bereit, dem Reichstag einen neuen Entwurf vorzulegen. Die Arbeiterorganisationen verlangen bekanntlich Arbeiterkammern. Nach dem Regierungsentwurf sollten aber die gemeinsamen wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter von Arbeitskammern wahrgenommen werden. Die Kammern sollten je zur Hälfte mit Unternehmern und Arbeitern besetzt werden. Arbeiterkammern hingegen sind eine Vertretung der Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen. In der nun nach der Erklärung der Nachrichtenstelle die Aussicht, daß sich die Regierung gegen besondere Arbeiterkammern neben den Arbeitskammern nicht grundsätzlich ablehnend verhalten würde.

### Eine neue Kriegsgefellschaft.

Durch Bundesratsverordnung wird die gesamte Seifenindustrie zu einer Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft zusammengeschlossen. Bisher erfolgte die Auswahl der zur Seifenherstellung heranzuziehenden Betriebe nach ihrer Größe. Bei dieser Regelung hat sich, da diese Kriterien sehr ungleich auf das Reichsgebiet verteilt sind, der Uebelstand ergeben, daß infolge der Transportbeschwerden die einzelnen Teile des Reiches in sehr ungleichem Maße mit Seife und Waschmitteln versorgt werden. Eine anderwertige Art des Ausgleiches ist daher notwendig, die weiter auch deshalb wünschenswert geworden ist, weil der Bezug fertiger Waschmittel seitens der sogenannten handelnden Fabrikanten zu zahllosen Kreuz- und Quertransporten der Waren geführt hat.

Die neue Regelung soll gleichzeitig den Zweck haben, die kleineren, jetzt völlig stillliegenden und später im Wettbewerb umso mehr benachteiligten Betriebe vor völliger Zugrunde- richtung zu schützen.

### Neuregelung des An- und Abmeldebeweiens.

Auf Anordnung des Kriegsernährungsamtes und des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung treten mit dem 15. Juni ds. Js. neue, für das ganze Reich geltende Bestimmungen über das An- und Abmeldebeweiens bei dauerndem Verzug und beim Reiseverkehr in Kraft, die eine strengere Kontrolle des Zuguges und Wegzuges ermöglichen sollen. Die wichtigste Neuerung besteht darin, daß vom 15. Juni ab für das ganze Reichsgebiet einheitliche Abmeldebeweiens-Eintragungen eingeführt werden, die sich nach den verschiedenen Bundesstaaten in der Farbe des Papiers unterscheiden. Für Preußen werden sie allgemein auf weißem Papier ausgegeben werden.

## Ernährungsfragen.

### Meerrettich- und Kohlruibentoniernen.

Der Betätigungsdrang der Leute, die um jeden Preis durch Konfektionierung von Lebensmitteln Geld verdienen wollen, findet keine Grenzen. Als es mit den Fleischkonserven nicht mehr ging, warfen sie sich auf die Fische, wobei auch nicht der magerste Stint und die kleinste Scholle Gnade vor ihren Augen fand. Jetzt ist auch dieses Material knapp, und nun muß das Gemüse herhalten, das noch billig eingekauft werden kann. Da steht der besonders in Bayern recht wohlfeile Meerrettich obenan, der jetzt entsprechend aufbewahrt, sich über Jahr und Tag hält. Auch er wird „konfektionierte“, und zwar mit dem Erfolge, daß die Konserve gewöhnlich schon nach einigen Wochen ungenießbar ist. Aber der Fabrikant hat inzwischen einige hundert Prozent verdient. Nicht minder schlimm sieht es mit den Kohlruiben in Dosen aus. Bis zum Kleinhandlender sind diese Dosen dank der Ueberredungskunst der Verkäufer gekommen, aber das Publikum denkt gar nicht daran, die Konserven solchen Zeugnis für 80 Pfg. zu kaufen, denn es ist kaum 15 Pfg. wert. Nun häufen sich in den Läden wahre Berge von Schwarzblechdosen, deren Inhalt im Laufe des Sommers in Verderbnis übergehen muß. In einer mittleren Stadt des Regierungsbezirks Frankfurt-Ober wird der Vorrat an Kohlruiben, Braun- und Weißkohl auf mindestens 18 000 Kilogramm angegeben! Resultat: Zur Zeit des größten Mangels werden große Kohlruibensammlungen dem Frischverbraucher entzogen, das Blech für die Dosen wurde sozusagen weggeworfen, die Klein-

## Der amtliche Kriegsbericht.

222. Großes Hauptquartier, 14. Juni. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Sowohl in Landern wie im Artois war nur in einigen Abschnitten der Artilleriekampf hart.

Deftlich von Ypern sprengten wir Minen, die in der englischen Stellung Verletzungen anrichteten.

Zu kleinen Vorstoßgefechten kam es südlich der Douve. Die Lage ist unverändert geblieben.

#### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Bazailles, nordöstlich von Soissons, griffen die Franzosen nach mehrfachem Feuer an. Sie sind zurückgewiesen worden. Sonst blieb die Artillerietätigkeit meist gering.

#### Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Nichts Besonderes.

#### Ein Geschwader unserer Großkampfflugzeuge erreichte gestern

mittags London, warf auf die Festung Bomber ab und beobachtete bei klarer Sicht gute Treffwirkung. Trotz starken Abwehrfeuers und mehreren Luftkämpfen, bei denen ein englischer Flieger über der Themse abstürzte, kehrten alle Flugzeuge unverletzt zurück.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsintensität hielt sich in den üblichen Grenzen.

Die russischen Flieger sind in letzter Zeit wieder tätiger und fliegen mehrfach über unsere Linien vor. Seit Anfang Juni wurden 5 abgeschossen.

Bombenabwurf auf Tulkum wurde gestern durch Luftangriff auf Schloß vergolten.

### Mazedonische Front.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Handel der dänischen Ausfuhr an Butter und Speck.

Für die nächste Zeit, sicher aber im Herbst, wird in dänischen Nahrungsmittelfreien mit einem starken Sinken der Produktion in Butter und Speck gerechnet. Die Futterzufuhr aus Amerika wird zum größten Teil ausbleiben, oder doch der Preis sich so steigern, daß eine Einfuhr nicht mehr in Frage kommt, daß sie sich von selbst verbietet. Früher wurden hundert Millionen Pfund Margarine im Lande jährlich hergestellt, dieser Artikel ist jetzt gänzlich ausgegangen, da die Rohmaterialien fehlen. Dadurch ist der inländische Butterkonsum stark gestiegen. Alles hilft so zusammen, daß die Butter für den Export stark zurückgeht und bald gänzlich verschwinden wird.

Nicht besser sieht es mit dem Speck. Die Aufzucht der Schweine wird dadurch erschwert, daß Mangel an Mais eingetretet ist und heimisches Korn nicht verfrachtet werden darf. Auch hier wird in Kürze ein großer Mangel zu fühlen sein.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 14. Juni.

### Die Ernährung unseres Nachwuchses.

Je länger der Krieg dauert, desto stärker wird die Verpflichtung des Staates zur bestmöglichen Ernährung des in der Heimat heimenden oder bereits heranwachsenden Nachwuchses unseres Volkes. Das Kriegsernährungsamt hat daher unter dem 25. Mai d. J. Grundzüge für die Ernährung werdender Mütter, Säuglinge und Kinder den Bundesregierungen mit dem Eruchsen zugesandt, hiernach die Versorgung der genannten Bevölkerungsgruppen einheitlich vorzunehmen und die Gemeinden zu einem den Grundzügen entsprechenden Verfahren zu verpflichten. Die Grundzüge sind im Einvernehmen mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt unter Mitwirkung berufener Sachverständiger und Kinderärzte aufgestellt worden.

Die Lebensmittelversorgung der Mütter und Säuglinge ist in einer großen Zahl von Gemeinden bereits geregelt. Jetzt gilt es, die gleiche Fürsorge in allen Gemeinden des Reiches zu entwickeln, schon weil die Herstellung der sogenannten Kindermilch, sowie von Reis und Zwieback eingeschränkt werden mußte. Als Ersatz für diesen Ausfall sind den Kommunalverbänden geringe Mengen von nur bis zu 75 Prozent ausgemahlenem Weizenmehl überlassen worden, das jedoch, ebenso wie ein aus ihm herzustellendes Krankegebäck, lediglich an Kranke, und zwar unter Anrechnung auf die Brotkarte, verabfolgt werden darf.

Für die Ernährung werdender Mütter, Säuglinge und der Kleinkinder kommt die Versorgung mit Milch, Brot, Mehl, Nahrungsmitteln und Zucker in Betracht. Schwangere Frauen in den letzten drei Monaten vor der Entbindung und stillende Mütter sind bereits nach der Bekanntmachung vom 3. Oktober 1916 vollqualifizierter Versorgungsberechtigt, ebenso Kinder bis zum 6. Lebensjahre. Ihre Versorgung geht der anderer Gruppen von Berechtigten unter allen Umständen vor. Vom 6., spätestens vom 7. Kalendermonat der Schwangerschaft bis zu deren Beendigung sind auf Antrag Schwangerschaftszulagen in Brot und Milch zu gewähren, und zwar an Brot mindestens 350 Gramm für die Woche, an Milch täglich bis 1/2 Liter, sonst, wenn möglich, Magermilch oder eine entsprechende Zulage in anderen gleichwertigen Lebensmitteln, wie Leigwaren, Nahrungsmitteln und Zucker. Gesunde Säuglinge sollen neben der Muttermilch nach den Anordnungen der Reichsstelle für Speisefette vom 4. Oktober 1916 täglich mindestens 30—50 Gramm Zucker erhalten, wöchentlich mindestens 200 Gramm Weizenmehl gewöhnlicher Ausmahlung und monatlich mindestens 300 Gramm Hafermehl. Soweit für den Säugling nicht volle Nahrungsmittelzufuhr ausgemahlenem Weizenmehl oder durch besondere, ausschließlich für diesen Zweck bestimmte Nahrungsmittelzubereitungen ersetzt oder ergänzt werden. Zu Milchzubereitungen stehen hierfür zur Verfügung: Eiweiß- und Buttermilch, Lactosan, Plasmon und Kamogen, an Malzszuckerzubereitungen: Sorghlets Nahrungszucker, Süßlunds Nahrungsmilch und Süßlunds Malzszuckerextrakt.

Die Gemeindebehörden haben Sorge zu treffen, daß die den werdenden und stillenden Müttern und den Säuglingen zuzehende Milchmenge ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust in Empfang genommen werden kann. Die für die gesunden Säuglinge nötige Menge an Hafersflocken und Weizengrieß ist von ihnen aus den zu-

gewiesenen Lebensmittelmenge vorweg festzustellen; die für kranke Kinder zu bemessende Menge derselben Nahrungsmittel muß in bestimmten Ausgabestellen (Krankenhäuser, Kliniken, Apotheken, Säuglingsfürsorgestellen usw.) zur Verfügung stehen, damit diese Nahrungsmittel hier in geringen Mengen, etwa bis zu einem Pfund wöchentlich, jederzeit bezogen werden können. Das gleiche gilt für die vorgenannten Milch- und Malzszuckerzubereitungen. Die Verabfolgung von Eiweiß- und Buttermilch sowie von Kamogen ist nur unter Einziehung der Brotkarte, die der Malzszuckerzubereitungen nur unter Einziehung der Zuckerkarte für die Dauer der Verabreichung zulässig. Die Verabreichung darf für Nahrungszucker und Nahrungsmilch die Menge von 200—350 Gramm, bei Malzszuckerextrakt von 500—700 Gramm pro Kopf und Woche nicht überschreiten.

Die diese Grundzüge des Kriegsernährungsamtes geforderte vorzugsweise Berücksichtigung der werdenden Mütter, Säuglinge und Kinder muß jedoch, da Sonderzuweisungen für diese Zwecke leider nicht möglich sind, im Rahmen der allgemeinen Versorgung, gegebenenfalls also unter entsprechender Kürzung des Durchschnittsanteils für die übrige Bevölkerung erfolgen.

Welche Anforderungen die Ärzte an eine ausreichende Ernährung der Kinder stellen, das zeigen folgende Leitätze, die vor einiger Zeit die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde auf einer Tagung in Dresden aufgestellt worden sind:

Für das 1. Lebensjahr genügt bei Zumeisung von täglich einem Liter Milch die wöchentliche Sicherstellung von 130 Gramm Zucker, 175 Gramm Mehl, 250 Gramm Grieß oder Hafermehl. Für das 2. Lebensjahr empfiehlt sich die tägliche Zumeisung von 1/2 Liter Milch, die wöchentliche von 125 Gramm Fleisch, 1 Ei, 62,5 Gramm Speisefett, 5 Pfund Kartoffeln, 180 Gramm Zucker, zwei Pfund Brot (oder entsprechendes Mehl), 1/2 Pfund Grieß oder Hafermehl. Für das 3. bis 6. Lebensjahr bei täglich 1/2 Liter Milch wöchentlich 125 Gramm Fleisch, 1 Ei, 62,5 Gramm Speisefett, 5 Pfund Kartoffeln, 180 Gramm Zucker, 3 Pfund Brot, 62,5 Gramm Grieß oder Hafermehl. Für das 7. bis 11. Jahr bei täglich 1/2 Liter Milch eine Erhöhung der Brotmenge auf 4 Pfund und für das 12. Jahr, wenn das gleiche bei Kürzung des Getreideanteils im Milchbezug nicht zu beschaffen wäre, Zumeisung von 5 Pfund Brot.

Leider bekommen die Kinder nicht entfernt die Menge Lebensmittel, die hier von den Ärzten als notwendig verlangt werden.

Die ausreichende Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Feuerungsmaterial ist eine Forderung, die von der Sozialdemokratie Lübecks wiederholt erhoben worden ist. Im März dieses Jahres richtete Genosse Löwigt in der Bürgerkammer an den Senat die Mahnung, Maßnahmen bezüglich der Regelung der Feuerungsmaterialversorgung Lübecks zu treffen. Der Senat äußerte sich damals nicht zu der Sache und es wurde auch von ihm nichts unternommen. Dafür waren aber viele wohlhabende Einwohner unserer Stadt bemüht, sich ausreichend mit Koks und anderer Feuerung einzudecken. In den Villenvierteln sah man häufig beladene Kohlenwagen halten, und auch auf See verschwand in den geräumigen Kellern. Den Minderbemittelten war es dagegen kaum möglich, auch nur ein geringes Quantum Koks zu erhalten. Entweder hatten die Feuerungsmaterialienhändler nach ihrer Angabe keinen oder sie verfügten nicht über das notwendige Fuhrwerk. Das gleiche hörte man, wenn ein paar Zentner Brennstoff verlangt wurden. Frauen und Kinder mußten mit kleinen Wägelchen nach dem Kanal ziehen, dort lange warten, um endlich für ihr gutes Geld einen Zentner zu erhalten. Wohlhabende Leute sah man unter den Wartenden niemals. Da aber sie doch auch Feuerung verwenden mußten, so kann wohl nicht bezweifelt werden, daß ihre Versorgung auf anderem Wege erfolgt war.

Einige Wochen später beschäftigte sich dann eine Kommission des Bürgerausschusses gleichfalls u. a. mit der Frage der Versorgung unserer Bevölkerung mit Brennmaterialien und auf ihren Vorschlag richtete der Bürgerausschuß ein entsprechendes Gesuchen an den Senat. Dazu hat sich bisher noch nicht geäußert, ihm aber auch noch keine Folge gegeben. Und die Kohlenfuhrwerke fahren weiter ihre kostbare Last zu den Wohlhabenden, während die meisten der anderen mit bangter Sorg: dem nächsten Winter entgegensehen.

In seiner gestrigen Sitzung hat der Bürgerausschuß abermals durch Annahme eines Antrages unseres Genossen Hoff seinen Willen in dieser Angelegenheit zum Ausdruck gebracht und verlangt, daß unverzüglich Vorkehrungen getroffen werden, daß auch die minderbemittelte Bevölkerung für den kommenden Winter sich rechtzeitig und ausreichend mit Feuerung versehen kann. Es muß abgewartet werden, ob hier nur endlich Maßnahmen nach dieser Richtung getroffen werden. Wie verlautet, beabsichtigt das Reich jetzt eine Rationierung des Feuerungsmaterials. Eine solche hat um deswillen wenig Wert, weil sie viel zu spät erfolgen würde. Diejenigen, die über gefüllte Kohlen- und Koksstellen verfügen, sind geborgen und brauchen sich darum keine grauen Haare wachsen zu lassen. Benachteiligt sind jedoch die, welche bisher kein Feuerungsmaterial aus irgendwelchen Gründen einnehmen konnten. Hinzu kommt noch, daß erfahrungsgemäß im Spätsommer die Preise steigen und demnach die Kreise, welche dann ihren Bedarf decken müssen, doppelt benachteiligt sind.

In der Bevölkerung herrscht großer Unwille über die Tatenlosigkeit unserer Behörden in dieser wichtigen Sache. Es ist dringend notwendig, daß hier baldige zweckmäßige und durchgreifende Maßnahmen einlezen.

### Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im

Monat Mai auf 1185 (1840), die der Besucher auf 1802 (1498).

Die einkommernsten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 133 Personen. Mitin sind im Mai 1052 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1248 (1875), darunter nach auswärts schriftlich 60 (41). Von den Besuchern waren organisiert 492 (486) Personen, und zwar gewerkschaftlich 287, politisch 810, gewerkschaftlich und politisch 180. Unter den verbleibenden 810 Nichtorganisierten befinden sich 636 Angehörige von Organisationsstellen und 16 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 505 (505) männlich, 795 (965) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeiter und deren Angehörige 1197 (1389); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 108 (101); Organisationsstellen 2 (8). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 951 (1138) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 149 (150), Oldenburg 85 (101), Mecklenburg 43 (30), Preußen 40 (55), und sonstige 34 (24). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 206 (193); Privatangelegenheitenversicherung 1 (—); Arbeits- und Dienstvertrag 176 (199); bürgerliches Recht 261 (307); Strafrecht 91 (52); Gemeinde- und nachbürgerliche Sachen 484 (614); Vereins- und Versammlungsrecht (—); Arbeiterbewegung (—); Privatversicherung 4 (8); Handels- und Gewerkschaften 2 (2); Zwangsarbeit 1 (16); Verjährungsverjährung 17 (6). Von den Auskünften machten 455 (382) die Anfertigung von 469 (445) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 96 (7) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 248 (244) Postsendungen. Der 18. Mai setzte mit 67 (85) die höchste, der 25. Mai mit 26 (37) die niedrigste Besucherszahl.



## § 153 der Reichsgewerbeordnung.

von Dr. Hugo Heinemann.

Es trifft sich gut, daß gerade in dem Augenblick, in dem der Verfassungsausschuß sich ansieht, den § 153 der Gewerbeordnung in den Kreis seiner Erörterungen einzubeziehen, aus der Schule zu den Breiten im Cottbuser Verlag eine umfangreiche Studie von Dr. Wolfgang Kischner erschienen ist über Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland bis zur Reichsgewerbeordnung. Diese streng wissenschaftliche Arbeit, deren genaues Studium dem Verfassungsausschuß und der Reichsregierung nicht genug empfohlen werden kann, schließt mit den Worten: Die Kritik unseres Koalitionsrechts, wie dieses in den §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat, ergibt sich zur Geringfügigkeit aus dem, was im Laufe der Arbeit über die entsprechenden Bestimmungen in Frankreich und England und Sachsen bemerkt worden ist. Für die daraus unmittelbar resultierenden Zustände bezüglich der Ausübung des Koalitionsrechts, wenn er über die Bestimmungen der Gewerbeordnungen, welche sich heute auf die Koalitionen beziehen, sagt: die deutschen Arbeiter haben ein Koalitionsrecht. Wenn sie aber davon Gebrauch machen, werden sie bestraft. Der Krieg zeigt von Tag zu Tag deutlicher das Werk der Organisation. Das Maß ihrer Einseitigkeit gab dem deutschen Volke Vorprung vor den Feinden. Einmütig hat die Arbeiterschaft zum Staate geklopft! Möge dies beweisen, daß sie reich ist, die Organisation ihrer Reihen unter voller, rechtlicher Anerkennung und Freiheit zu haben. Zu eigener Kraft, zum Fortschritt des Ganzen!

Daß die Reichsregierung zur sofortigen Aufhebung des § 153 sich dennoch zu entschließen noch immer nicht den Mut gefunden hat, ist kaum fasslich. Hier liegt keiner der Gründe vor, aus denen sonst die unersetzliche Durchführung der Neuorientierung und der in der kaiserlichen Oberbotschaft enthaltenen Gedanken abgelehnt wird. Es handelt sich um keine gesetzliche Reform, die irgendwelche Vorarbeiten erfordert oder weitere umfassende Gesetzesveränderungen im Gefolge hat. Solche wird kein einsichtig denkender während des Lebens fürchtbarer Schrecken und des Ringens um die Existenz des Vaterlandes verlangen. Hier aber ist mit einem Federstrich alles getan. Fällt der § 153, so bleibt keine Lücke, die ausgefüllt werden muß. Denn der Inhalt der Bestimmung ist lediglich der, daß aus historisch sich erklärenden, durch die moderne wirtschaftliche Entwicklung überholten Gründen vom Gesetz für einen bestimmten Fall eine Ausnahmebehandlung vorgesehen war, die, wie jedes Ausnahmegesetz, schrittweise gestrichen werden kann. Daß dies auch während des Krieges bei einigen guten Willen jedweder Art möglich ist, haben die Aufhebung des Feuertengesetzes und die Reform des Vereinsgesetzes bewiesen. Dieses ist in allen seinen Teilen unverändert geblieben. Eine äußerlich kleine, mit wenigen Worten im Reichsgesetzblatt erreichte Veränderung des gesetzlichen Wortlauts eines einzigen Paragraphen hat genügt, um das gewerkschaftliche Jugendproblem, ohne dessen Lösung jede rechtliche, politische, soziale und kulturelle Neuwertung glücklicherweise in sachgemäßer Weise zu lösen.

Aber auch von einem anderen Gesichtspunkt aus braucht selbst der eingeleitetste Anhänger strenger staatlicher Ordnung keine Furcht vor der Streichung des § 153 zu haben. Unser Reichsstrafgesetzbuch leidet, insbesondere in der ihm durch die Auslegung des Reichsgerichts gegebenen Gestalt, gewiß nicht an einer zu großen Lässigkeit und Sentimentalität. Vielmehr ist gerade umgekehrt, auch von ernster wissenschaftlicher Seite — ich erinnere an den verstorbenen großen Strafrechtslehrer in Bonn, Professor Hermann Geuffert — stets darüber geklagt worden, daß wir in Deutschland von einem Uebermaß von Strafandrohungen erdrückt werden. Welche Lücke sollte also da bleiben, wenn das Ausnahmegesetz des § 153 fällt? Jede einigermaßen strafwürdige Handlung wird durch die Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches getroffen und kann mit Gefängnisstrafen geahndet werden, die weit über den vom § 153 gezogenen Strafrahmen hinausgehen. Kann also ohne jedes Bedenken der § 153 sofort fallen, so sollte die Regierung keinen Augenblick zögern, diese Konsequenz zu ziehen. Es gibt kein wirksameres Mittel, um jene intransigenten Elemente zu überlegen, die höhnend behaupten, daß die Anerkennung der Taten der Arbeiterschaft nur den Zweck verfolge, die Arbeiterschaft während des Krieges bei der Stange zu halten, während alles möglich sei, sobald Hannibal nicht mehr vor den Toren stehe.

Sehen wir ganz von den materiellen Gründen ab, aus denen nichts Ungerechteres denkbar ist, als durch Strafgesetz und Polizei die Arbeiterschaft an der Erzielung eines größeren Anteils am Ertrage der Arbeit zu hindern. Hundertfach schwerer wie-

gen die ideellen Momente, die Erschütterung des Glaubens an das Bestehen des Rechts in der Seele des Arbeiters, wenn er tagtäglich wahrnehmen muß, daß das, was allen anderen Standes- und Interessenvertretungen als Gebot, der Ehre erscheint und ihnen deshalb in vollständiger Würdigung der Bedürfnisse des modernen wirtschaftlichen Lebens vom Gesetzgeber sogar als Pflicht auferlegt wird, von eben demselben Gesetzgeber den Arbeitervereinigungen als schwebes, mit Kriminalstrafe zu ahnendes Vergehen angekreidet wird. Diese Ungleichheit hat aufsteigend und verheerend gewirkt, wie nichts anderes in deutschen Staatsleben vor dem Kriege. Gewiß hat der Zorn des Arbeiters sich oft gegen ein: falsche Stelle gewandt, gegen den die harten Strafkraften fallenden Richter, der ja lediglich das hinter ihm stehende unsichtbare Gesetz anzuwenden hatte. Dieses aber trug die Schuld, wenn die Arbeiter sahen und fühlten, daß sie mit Freiheitsstrafe büßen mußten, was Unternehmer, Arbeitgeber, Kartelle, Syndikate und Innungen im wirtschaftlichen Kampfe jeden Tag hochgehobenen Hauptes tun und tun dürfen. Ist es wirklich ein Rechtszustand, den die Regierung selbst den aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern vorzuziehen sie würdig ansehen kann, daß niemand im deutschen Staate, selbst nicht der höchste Beamte des Reiches, eine strafrechtliche Sühne für Verletzung seiner Ehre fordern kann, wenn der Beleidiger in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat, während dieser Schutz allein gegenüber dem Streikbrecher, also einem Manne, der nach Ansicht seiner Kollegen gegen Standesanschauungen und Standesehre sich vergrangen hat, verjagt? Im Falle des § 153 macht die Wahrnehmung berechtigter Interessen erst die Tat zu einer Strafbaren, dieses Moment bildet ein Tatbestandsmerkmal des Gesetzes. Und während sonst moralische und sittliche Erregung, wenn sie sich wirklich einmal in einem harten, strafbaren Ausdruck entladen hat, als Strafmilderungsgrund gilt, ist Gefängnisstrafe die einzige Antwort für den Arbeiter, der in Zeiten leidenschaftlicher Existenzkämpfe sich zu einem scharfen, unüberlegten Wort hat hinreißen lassen.

Die Arbeiterschaft wird es als eine befreiende Tat begrüßen, wenn die Regierung sich gerade jetzt noch, bevor der Verfassungsausschuß gesprochen hat, in voller Freiwilligkeit zu einer Aufhebung des § 153 entschließen könnte und damit die Arbeiterorganisationen von dem Makel befreit würde, die darin liegt, daß sie als einer besonderen ausnahmerechtlichen Zügelung bedürftiges Gebilde signalisiert werden. Die Autorität der Organisationen ihren eigenen Mitgliedern und dem Unternehmertum gegenüber würde damit beträchtlich gesteigert werden. Nichts hat auf das Verhältnis von Arbeiterschaft und Staatsgewalt so vergiftend gewirkt als das Bestehen des die Arbeiterrechte schwer verletzenden § 153. Vom Standpunkt der Notwendigkeit des nationalen Zusammenrückens aus ist es man daher endlich diesen häßlichen Felsen.

## Ein Brief von der Front gegen das Kölner Innermissionistenblatt.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Blatt der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, bringt an der Spitze der jüngsten Nummer die Zuschrift eines Unteroffiziers von der Front an der Westfront. Der Einsender behauptet nach den üblichen Erfahrungen, daß das Verbot der Kriegserörterung aufgehoben worden sei; dann fährt er fort:

„Hätte man doch lieber aus den „zielbewußten“ Wortkämpfern freiwillige Sturmabteilungen gebildet, denen schwierige Spezialaufgaben an der Front übertragen worden wären! Die „Kölnische Volkszeitung“ hätte sicher einige schneidige Bataillonskommandanten dazu geliefert. Die Stellungnahme dieser Zeitung schwebt mir vor allem vor, wenn ich an den Kriegsziele in der Presse denke. In einem Artikel werden gewisse Minderforderungen für einen „deutschen Frieden“ zusammengefaßt. Dazu werden österrliche Zustimmungserklärungen erbeten; ein vorgedrucktes Formular ist gleich angefügt.“

Der Verfasser erhebt Widerspruch dagegen, daß dies Programm der „Kölnischen Volkszeitung“ „Hindenburgs Richtiges“ genannt wird; die Bezeichnung „täuscht den durchschnittlichen, d. h. oberflächlichen Leser“. Dann schreibt der Einsender:

„Ich erhebe weiter Widerspruch gegen die Beweiskraft der Zustimmungen und wenn viele Laubente einlaufen. Sie sind wertlos, solange nicht das Formular die Fragen enthält: Wieviel Sühne gefaßt? verwundet? in Gefangenschaft? noch an-

der Front? Wie lange selbst an der Front? An der Somme, in der Champagne, bei Arras, an der Aisne, in Rumänien und mitgekämpft? Welche Schäden und Hemmungen im Beruf, im Familienleben erlitten? Und noch ähnliche Fragen wären zu stellen. Zustimmungen der „selbstbraven Freunde“, die „auch“ gewünscht werden, beweisen an und für sich noch gar nichts. In Brüssel und Antwerpen, wo man tapferer und billiger lebt als in Köln, fällt die „Zustimmung nicht schwer. Im Westen und Osten gibt es genug Leute, für die der Krieg ein köstliches Abenteuer voll Selbsterhellung und Sorglosigkeit ist, während sie mit Friedensschluß in ihr gewohntes päpstliches Dasein zurückfallen. Nicht solche Stimmen wiegen, sondern die der Opfern und Blutenden.“

Der Schluß des Briefes lautet wie folgt: „Und wenn sie (die Frontkämpfer) gar vermuten müssen, daß man aus geheimen innerpolitischen Gründen einen möglichen Frieden zu Tode holt, daß man vielleicht einen „Hindenburgfrieden“ vorgibt, um eine Waffe gegen den Reichsfeind zu haben, dann wünschen sie bei solcher Veranlassung des „Inners“ mit dem Krieg von Herzen eine zeitweilige Übertragung des Krieges aufs „Innere“: derartigen Herabwürdigungspolitik möge geschehen, was dem Verräter vor dem Feinde geschieht. Zur Exekution halte ich meine Kompagnie empfohlen, sicher wird aber jede andere Frontkompagnie ebenso gerne bereit sein.“

Diese Sprache ist über alle Maßen hart. Wer aber die Kriegs- und Kriegszielepolitik kennt, die gerade die „Köln. Volkszeitung“ seit den Tagen des Ultimatus an Serbien betrieben hat, der wird sagen müssen, daß das vernichtende Urteil des Mannes von der Front über die alldeutsch-keritale Dauerkriegler des Hauses Hohenzollern noch zu geübel ist.

## Die ersten drei Monate russischer Revolution und die Friedensfrage.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki, Anhänger Lenin) hat soeben die erste Nummer einer für die Auslandspresse bestimmten Korrespondenz „Pravda“ durch die ausländische Vertretung ihrer Zentralkomitees in Stockholm herausgegeben lassen.

Die Korrespondenz enthält zunächst einen ausführlichen Bericht und eine sozialkritische Betrachtung des bisherigen Verlaufes der russischen Revolution und der Stellung der verschiedenen Klassen zu ihr. Wer hat in den denkwürdigen Märztagen der Revolution den Zarismus wie einen aufgedunsenen hohen Pilz zertreten? Es waren — so antwortet die Auslands-Pravda — die Proletarier von Petersburg, die von Hunger geplagt, von der Arbeit in den Höhlen des Kriegskapitalismus zerrieben und zerquält, ihre Brust den Bajonetten und Kugeln entgegenwarfen. Aber sie stießen nicht mehr auf das alle durch laugen Drill entmenschte zaristische Kaiserreich, sondern auf das Volk in Waffen, das neben jungen Bauernjungen einen verhältnismäßig starken Anteil städtischer Proletarier und kleinbürgerlicher Intellektuellen in seinen Reihen hatte. Schick bewaffnet, von unfähigen Offizieren geführt, hatten sie die schrecklichen Niederlagen über sich ergehen lassen müssen und lösten sie nun durch Siege über mehrfache hungrige Arbeiter auf. Da machten sie die Offiziere nieder, die ihnen diese Schmach zu trauten. Die Mehrheit der Offiziere aber blieb passiv. Sie stammten aus dem bürgerlichen Bürgertum, das sich in der Hoffnung auf Eroberungen und schnelle kapitalistische Entwicklung mit dem Zarismus verbrüder hatte. Die Niederlagen und die steigende Empörung der Arbeitermassen hatten ihnen diese Hoffnung zertrümmert, während die Soldaten der Revolution in der Hoffnung auf den Frieden jubelten. Die „Pravda“-Korrespondenz bringt demnach den Märzsturm in Rußland auf folgende Formel:

„Der Sieg der Revolution war das Resultat des proletarischen Vorstoßes auf ein System, das innerlich vollkommen verfault, die Stütze der militärischen Gewalt, auf der es ruhte, wie die der Bourgeoisie, ohne deren Hilfe es nicht mehr existieren konnte, verloren hatte.“

Aber nach dem Siege der Revolution ergriff das Proletariat nicht die Macht im Staate. Die Opportunisten um Tschelidie und Stecklow spielten sie bewußt der Bourgeoisie in die Hände, weil sie vor der Schwierigkeit der Leitung des Staates mit Hilfe eines unorganisierten Proletariats zurückschreckten. Die Bourgeoisie übernahm die Gewalt, um die Revolution in ihrem Laufe

## Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.  
Von Dorothy Richardson.  
Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Haben Sie auch nichts von Ihren Sachen gerettet?“ fragte mich das junge Mädchen.

In diesem Augenblick kam es mir überhaupt erst zum Bewußtsein, daß ich nichts mehr besaß, als das, was ich am Leibe trug, und die Arbeit, die mir gelutigen war, am Spätnachmittag zu finden.

„Nein“, antwortete ich, „ich habe alles verloren.“

„Ja, haben Sie denn gar kein Geld auf der Bank?“

Diese Frage klang mir zu komisch, sodaß ich gar nicht erst darauf antwortete.

„Ja, zum Beispiel, habe mir schon fünfhundert Dollar gespart!“

„Fünfhundert Dollar —!?“

„Sie nicht mit dem Kopfe.“

„Ja, das ist es ja eben! Ich könnte jetzt sogar schon viel besser leben, als ich lebe, wenn ich nur wollte. . . Aber ich bin nun einmal das Sparen gewohnt. . . Ich gebe keinen Cent umsonst aus, und dabei verdiene ich immerhin ganz gut. . . zwölf Dollar die Woche.“

„Was arbeiten Sie denn?“ fragte ich sie und sah bewundernd auf ihre großen, groben Hände, die es fertig brachten, in einer einzigen Woche so viel Geld zu verdienen.

„Ich bin Poliererin“, sagte sie stolz.

„Was ist das — Poliererin?“ fragte ich und betrachtete mir ihre schmutzige Schürze und die Goldbluse, die sie gerade ausgezogen hatte.

„Eine Poliererin ist jemand, der gut polieren kann“, antwortete sie, bog ihren Arm, zeigte mir ihre stark entwickelten Armmuskeln und machte eine Kreisbewegung durch die Luft, als wolle sie mit jemandem fechten.

„Ja. . . was polieren Sie denn da?“

„Kupfer.“

Diese kurze und bündige Antwort machte mich verärgern.

So müde und abgelehnt ich auch war, vermochte ich doch in dieser Nacht keinen Augenblick Schlaf zu finden. Ich mußte immer wieder daran denken, in welcher einer entsetzlichen Lage ich mich befand. Was sollte denn nun eigentlich aus mir werden? Und warum in aller Welt war ich nach diesem schrecklichen Neugott gezeit? Warum hatte ich mich nicht begnügt mit der Stellung, die ich draußen auf dem Lande als Schullehrerin hatte? Gewiß, ich war dort kein sonderlich großes Tier gewesen, aber ich hatte doch immerhin meine Wohnung und mein Essen gehabt und eine gewisse Stellung obendrein. . . Und nun? Und hier? . . .

Hätte ich in dieser Nacht noch genügend Geld zur Rückreise besessen, so wäre ich bestimmt wieder heimgefahren, und damit wäre mein weiteres Schicksal denn auch besiegelt gewesen. Aber ich hatte dies Geld schon seit langem nicht mehr. Und das schlimmste war, daß ich von niemandem auch nur die geringste Hilfe erwarten konnte, sondern sehen mußte, mit mir und meinen Angehörigen, so gut es gerade ging, allein fertig zu werden. . .

Gewiß hatte ich entfernte Verwandte und Bekannte, die mich seit jeher dann gewartet hatten, nach New York zu gehen, und ich war überzeugt, daß sie mir auf meine Bitte auch das Geld zur Rückreise geschickt hätten, wenn auch nur, um später sagen zu können: „Na, wer hat nun also wieder einmal recht gehabt? Du oder wir?“ — Aber ich war an und für sich zu stolz, um mich an diese Leute mit einem derartigen Anfinnen zu wenden, sondern ich wollte, sollte es was es wolle, meinen Lebensunterhalt selbst verdienen: ich biß die Zähne zusammen, schloß die Augen, damit die Tränen nicht hervorkrollen konnten und gelobte mir, auszuharren, solange ich nur irgend Kraft und Mut besitzen würde. . . und nun sollte ich ja überdies auch die Stelle in der Springerschen Fabrik antreten, und das würde ich denn also auch tun, wenn auch der Lohn kaum hinreichte, um notdürftig den Hunger zu stillen.

Am nächsten Morgen erwachte bei uns eine stattliche, ältere Dame mit einem Diener, der uns das Frühstück brachte. Sie fragte uns nach unserer Beschäftigung und gab uns wohlmeinende Ratsschläge, die jedoch weniger enthusiastisch als das Butterbrot und der Kaffee aufgenommen wurden.

Als schließlich ich an die Reihe kam, antwortete ich auf ihre Fragen offen und ehrlich und befragte sie, durch ihr Interesse ermuntert, schüchtern, ob sie vielleicht eine Stellung für mich wisse.

Sie sah mich einen Augenblick mit ihren klaren gutmütigen Augen an.

„Ja, wenn Sie eine Stellung als Dienstmädchen antreten wollen —?“

Daran hatte ich bisher allerdings noch nie gedacht, aber ich antwortete ohne Zögern, daß ich dazu keine Lust habe.

Die Dame machte ein Gesicht, das Ärger und Enttäuschung zugleich ausdrückte.

„Dann tut es mir leid“, sagte sie, „dann vermag ich für Sie leider nichts zu tun.“

Und sie ging, ohne sich noch um jemanden von uns zu kümmern, aus dem Zimmer.

Aber ich war dennoch, ich weiß selbst nicht warum, froh, diese Stelle als Dienstmädchen nicht angenommen zu haben. —

5.

Die Poliererin und ich waren die letzten, die das Haus verließen und ein Stück des selben Weges gingen. Aber sie mußte wohl gar nicht mehr an das gekrümmte Anglied denken; sie schien es auch ganz vergessen zu haben, daß sie gestern abend miteinander gesprochen hatten, denn sie sprach nicht ein einziges Wort, ja sie grüßte mich nicht einmal.

Ich beschuldigte sie bei mir im stillen der Herzlosigkeit, aber wie ich so nachzudenken begann, da wollte es mir allmählich scheinen, daß nicht sie die Schuldige war, sondern ich; denn ich hätte hier mit frischem Mut meiner Arbeit entgegen, während die arme Mrs. Pringle um die gleiche Stunde irgendwo in einem Leichenhaus lag und darauf wartete, auf Kosten der Armenverwaltung irgendwo eingescharrt zu werden, falls nicht irgendein Freund oder Bekannter sich zufällig ihrer Leiche erinnerte und annahm.

Aber was sollte ich tun? Ich hatt nicht einmal soviel Zeit, um mich in den Leichenhäusern nach ihrem Verbleib erkundigen zu können. . .

Und sonst konnte ich keine Menschenseele in ganz New York; ich besaß 1½ Dollar im Vermögen, die Kleider und die Wäsche, die ich am Leibe hatte, und noch nicht einmal eine Stätte, wo ich mich am Abend würde zur Ruhe legen können. Alles, was ich in diesem Augenblick an Wertvollem besaß, war eigentlich die gestern gejun-dene Arbeit bei Springer.

In einer Ecke machte ich halt und geriet in Verjuchung, die Arbeit doch lieber fahren zu lassen, und mich nach Mrs. Pringle zu erkundigen, und wo sie begraben werden sollte. . . aber dann machte sich der Selbsterhaltungstrieb geltend, und im nächsten Augenblick eilte ich, mit nur um so schärferen Schritten meiner Arbeitsstätte zu.

Ein paar Minuten vor acht Uhr machte ich bereits vor Springers Fabrik. In dem hellen Sonnenschein gemahnte das alte, graue Haus unwillkürlich an eine heimliche Heze mit tränenden Augen, die die Menschen lodern — nein, zwingen wollte, in ihre dämmerige Höhle einzutreten. Aber je unheimlicher mir das Gebäude auch schien, — es konnte mich doch nicht mehr zurückhalten, und so ließ ich mich denn einfach von dem Menschenmassen treiben, die durch die weitgeöffneten Fabrikthore hereinströmten.

An einer Ecke des Fabrikhofes schaukelte der Menschenstrom ein und verschwand hinter den hohen schwarzen Türen der Arbeitsräume; und Gänge, die von dem dünnen herrschenden Därm nur ein ganz schwaches Gemurmel auf den Hof hinausdringen ließen. Ein letztesmal zögerte ich noch für die Zeit einer Sekunde, — so fürchtbar erschien mir das alles. . . so fürchtbar, daß ich gern irgendwohin weit, weit fortgelaufen wäre. . . aber dann klang wieder die alte bekannte Melodie: „Arbeiten oder verhungern — arbeiten oder verhungern.“ Und im nächsten Augenblick war auch ich bereits hinter den hohen, schwarzen Türen verjuchend.

In dem langen Gang, in den ich eintrat, brannte eine schwache Gaslampe, und in deren Schein kämpfte eine ganze Schar von freilebenden und schwachen Mädchen darum, als erste ihren Schlüssel in die Kontrollröhre zu stecken. Kräftig, ruckstillsche Ellenbogen pufften und stießen mich ans aller Kräfte hin und her, bis ich hart an die Wand gedrängt war und mich überhaupt nicht mehr zu rühren vermochte.

(Fortsetzung folgt.)

aufzuhalten. Das belegt die „Pravda“ ausführlich durch die be-  
kauften Verträge, einen neuen Faren einzuführen und Rußland  
auf die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende festzu-  
legen. Es war ein politischer und historischer Akt, die Bour-  
geoisie zur Rolle des Richters der Revolution veranlassen zu  
wollen. Bald wurde es klar, daß ebenso wie der Sieg Deutsch-  
lands über Rußland auch die Verlängerung des Krieges durch  
die imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs die  
Revolution bedrohte. Mit Jutosws Versuch, das russische Volk zu  
betriegen, führte zum Sturz der provisorischen Regierung und  
zum Eintritt der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates in  
das neue Kabinett. Dort werden sie entweder den Kampf gegen  
die Bourgeoisie fortführen und es dadurch sprengen (der Anfang  
dazu ist mit dem Rücktritt des Handelsministers Konowals ge-  
macht) oder sich selbst um das Vertrauen der Arbeitermassen  
bringen. Schon verliert der Arbeiterdelegiertenrat durch seine  
Kriegspolitik den Einfluß auf die Massen in den Fabriken, wäh-  
rend die bürgerlichen Duma-Abgeordneten sich gegen ihn zur Wehr  
setzen, der Arbeiter- und Soldatenrat werde genötigt sein, bald  
die ganze Macht und Verantwortung zu übernehmen. Inzwischen  
wüßte die Arbeiterschaft der Bolschewiki und breitete sich ihre  
Presse in Petersburg wie in der Provinz aus. Für den Druckerei-  
fonds der „Pravda“ seien in einer Woche in Petersburg 75 000  
Kubel gesammelt worden und neben ihr werde demnächst eine  
große politische Zeitschrift, die „Swiesda“ erscheinen. Die russi-  
sche Revolution habe erst in den Anfängen, der Bürgerkrieg gehe  
weiter, und die Demokraten, welche auf die Einheit von Pro-  
letariat und Bourgeoisie rechneten, würden dieselbe Enttäuschung  
erleben, wie die Entente-Regierungen, die von der Revolution  
eine Stärkung des Kriegswillens in Rußland erhofft hätten.

Eine weitere Notiz der Korrespondenz legt die Stellung der  
Bolschewiki zur Sozialdemokratie dar. Sie lehnen die Ver-  
einigung mit Sozialisten, die sie als Sozialisten nicht mehr an-  
erkennen, und Stämmen, der ein bürgerlicher Minister, oder  
Borgherr, der ein Agent der deutschen imperialistischen Regie-  
rung sei, unter allen Umständen ab. Sollten die Zimmerwälder  
beschließen, mit ihnen in Stockholm zu verhandeln, so müßten  
die Bolschewiki sich von den Zimmerwäldern trennen. Die dani-  
schen und polnischen Bezirke Preußens und die französischen Teile  
Elsass-Lothringens seien ebenso Annexionen, die nicht gebilligt  
werden dürften, wie Kurland, Finnland und Polen von den  
russischen Faren und Kapitalisten annektiert seien.

Auf der anderen Seite müßten die russischen Soldaten und  
Arbeiter darüber aufgeklärt werden, daß die französischen, eng-  
lischen und russischen Kapitalisten den Krieg verschleppen, indem  
sie sich weigern, mit Deutschland über den Frieden zu verhandeln.  
Hinter der Lösung „Krieg bis zum Siege“ liege lediglich der auf  
Zug und die deutschen Kolonien in Afrika gerichteten Eroberungs-  
wille Englands, die Eier der russischen Bourgeoisie nach  
Anspornung Armeniens und Persiens. Jede Armee und jedes  
Regiment müsse darüber abstimmen, ob sie sich diese Verschlep-  
pung des Krieges gefallen lassen wollten. Der Arbeiter- und  
Soldatenrat müsse die Beilegung des Kriegesenden voll-  
kommen und ausschließlich in die eigene Hand nehmen. Diese  
erste authentische Darstellung des Kriegesprogramms und der  
inneren Politik der Bolschewiki ist außerordentlich ausführlich  
und beachtenswert.

## Ernährungsfragen.

### Das Kriegsernährungsamt über die Brot- und Kartoffelration.

Das Kriegsernährungsamt gibt folgendes bekannt: Nach-  
dem die Frühjahrsbestellung im wesentlichen beendet ist, die  
erfolgreichste trotz der immer schwieriger werdenden Ver-  
hältnisse und des ungewöhnlich späten Frühjahres wieder zur  
reifeften Bestellung des deutschen Aekers führte, läßt sich nach  
Abzug der Saat der verbleibende Stand an Bodenerzeugnissen  
der alten Ernte genauer als bisher übersehen. Die dieser  
Lage entsprechenden Beratungen über die Getreidezufuhr aus  
Rumänien haben auch über die in dieser Hinsicht bestehenden  
Ausgaben die früher fehlende Klarheit geschaffen. Danach ist  
entgegen der bisher von manchen Seiten gehegten Besürch-  
tungen die Möglichkeit gesichert, die derzeitige  
Ernährung bis zur neuen Ernte unverkürzt  
zu lassen. An Speisekartoffeln sind zur Versorgung der  
nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit fünf Pfund wöchent-  
lich bis gegen Mitte Juli, wo auf ein volles Einsetzen der  
neuen Frühkartoffeln zu hoffen ist, noch etwa 12 Millionen  
Zentner nötig. Nach den im Frühjahr aufgestellten Berechnun-  
gen war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Menge vor-  
handen sein würde. Der schwere, im Osten bis in den April  
hinaus dauernde Frost hat aber mehr Schaden hervorgerufen,  
als man nach den zunächst eingehenden Berichten erwarten  
konnte. Infolgedessen hat schon bisher die Einkaufs-  
ration in manchen Orten nicht aufrechterhal-  
ten werden können. Es müßte Mehlertrag geliefert  
werden. Mit dem weiteren Schwanken des Restes der alten  
Ernte wird die Aufrechterhaltung der bisher-  
gen Kartoffelration auch in den übrigen Be-  
zirken vielfach nicht mehr möglich sein. An  
dem Grundbesitz, daß für fehlende Kartoffeln  
Rehl oder Brot zu liefern ist, wird festge-  
halten werden. Die Lage der Brotgetreidebestände macht  
es aber nötig, die Erntemenge vorsichtig zu be-  
messen.

### Das Abmehren des Roggens.

Das Abmehren des Roggens als Getreideart hört trotz der  
frühen Reife nicht auf. Wenn man mit der Schnähe durch das  
Land geht, sieht man mit Entsetzen, wie große Flächen der Brot-  
tracht als Viehfutter Verwendung finden. Das dieses Jahr das  
Schickel noch nicht geerntet werden muß als früher, ist wohl jedem  
klar. Um so bedauerlicher, wenn trotzdem noch diese verwerfliche  
Küchenschickel mit unklarer Sachkenntnis geerntet wird.  
Der Roggen schneit, um ihn dem Vieh vorzulegen, müßte  
zweckmäßig so streng befristet werden wie ein Landbesitzer. Nur  
ausnahmsweise sollte es aber nur nach Erlaubnis eines Sachver-  
ständigen gestattet sein, und auch nur dann, wenn wichtige Gründe  
vorliegen.

### Wasserpriis für Hirschwild.

Die isemantische Regelung der Wildschereitigung und die durch  
Futtermangel und Verknappung von Wildschereitigung hervorgeru-  
fene Steigerung der Wildschereitigung haben den großen Hebelhand zur  
Folge, daß viele, willkürlich müßelbärtigen älteren Wildschereitiger  
Erwerbungen keine Schanzel zugewandt wird oder werden kann.  
Daher ist eine geordnete Nachfolge nach Hirschwild, die  
auch wegen ihres charakteristischen kühnen Schickels nicht jeder-  
manns Sache ist. Diegen Umstand haben sich besonders in den  
von der Naturwahrnehmung besonders hart betroffenen  
Gebirgs- und Hirschwildern zeigen gemacht und nach und nach  
den Preis bis auf 30 Pfg. (Halle), ja sogar auf 1 Mk. (Gera-  
Köthen) des Liter getrieben. Nach nur wenigen Wochen war fast

allgemein der Preis 50 Pfg. das Liter. Jetzt, wo das Grünfütter  
als Ersatz für mangelndes Kauffutter reichlich zur Verfügung  
steht, — aber auch die Nachfrage dringender geworden ist — wie  
die Zettlungsminister, welche Verträge im Namen ihrer Patienten  
erlassen, darunter — nehmen die Hirschwild, statt weniger, er-  
heblich mehr für das Liter. Anderswo sind noch Preise von 24  
bis 36 Pfg. zu finden, z. B. in schlechtesten Kleinstädten. — Solche  
Preiswillkür fordert zur Abminderung heraus, deshalb seien die  
Preisprüfungsstellen darauf hingewiesen.

### Kommunale Ungleichheiten.

Wenn eine Stadtgemeinde, wie neulich in Königsberg  
(Preußen) zu 52 Mk. im großen eingekaufte Auslandsweizen  
zu 80 Pfg. im kleinen verkauft, so legt das die Vermutung nahe,  
daß die Gemeinde entweder unversöhnlich teurer wirtschaftet oder  
sich bei dem Zwiebelgeschäft für andere Ausfälle schadlos halten  
will. Im ersten Falle wäre es die allerhöchste Zeit, daß Wende-  
rung eintritt. Im zweiten Falle läge ein Geschäftsgebahren vor,  
das geradezu unter der Frage des Kriegswunders zu prüfen wäre  
und um so mehr verstimmend wirken muß, als der Magistrat  
dabei keine eigene Gemeinde übersteuert. Auch da müßte schlen-  
dign nach dem Rechten gesehen werden. Nicht minder eigenartig  
liegt der Fall, in welchem der Magistrat Fürstentum ein  
„Darmfett“ zum Preise von 3,40 Mk. das Pfund verkaufen ließ,  
das aber kein Fett, sondern eine Mischung von zerhackten Fett-  
därmen und ungefähr 20 Proz. Salz darstellte. Man brauchte  
fünf Pfund solcher Därme, um ein Pfund Schmalz zu gewinnen.  
Das Tollste aber ist, daß die „Gemeinnützige Lebensmittelgesell-  
schaft“ als Verkäuferin dieser Därme vor deren Ausstraten direkt  
gewarnt hatte. Man darf nun fragen: Zu welchem Zwecke kaufte  
der Magistrat die Därme, und wie kam er dazu, sie als Darmfett  
anzubieten, wo er doch wissen mußte, daß sie sich dazu durchaus  
nicht eignen? Und was veranlaßte die öffentliche „Gemein-  
nützige Lebensmittelgesellschaft“, diese Därme einzukaufen und zu  
verkaufen? Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß  
beide von den Geschäften, die sie machten, keine Ahnung hatten.  
Über die Bevölkerung muß die Sache bezahlen, und deshalb tut  
auch hier gründliche Abklärung not. Wenn ein Dezerent sich  
nicht mit tüchtigen Sachleuten zu umgeben versteht, dann taugt  
er selber nichts. Dann aber: Fort mit ihm!

### Wo bleiben die landwirtschaftlichen Produkte?

In der vergangenen Woche wurden aus dem ganzen Bezirk  
Königsberg (Ostpreußen) von den Aufkäufern an die Sammel-  
stellen 18 Pfund Butter und 20 Pfund Butterschmalz  
eingeliefert. Im Bezirk befinden sich, wie der Rübinger General-  
anzeiger bemerkt, über 7000 Kühe. Nach Weisung der Lan-  
desregierung hätte der Kommunalverband unter Zugrundelegung  
der Ablieferungspflicht von einem Pfund Butter von der Kuh  
in der Woche allwöchentlich rund 70 Zentner Butter  
anzubringen und nach Abzug des eigenen Verbrauchs  
58 Zentner an die Landesstelle abzugeben. Das Bezirks-  
amt richtet daher an die Bäuerinnen die Bitte, vor allem dafür  
zu sorgen, daß die Ablieferung an Butter und Butterschmalz sich  
bessert. Sie sollten sich bedenken, daß die Hausfrauen in der  
Stadt, namentlich die Arbeiterfrauen, nichts kochen können, wenn  
sie kein Fett haben. Dadurch, daß sie die Küstungsarbeiter mit  
Fett versorgen, nehmen sie ebenso an der Verteidigung ihres heim-  
lichen Bodens teil wie ihre Männer und Brüder im Felde. Die  
Bauern und Bäuerinnen werden dringend gebeten, alle privaten  
Fett-, Butter- und Schmalzaufkäufer abzuweisen und ihre Er-  
zeugnisse nur an die behördlich aufgestellten Sammler und  
Sammelinnen abzugeben. — Solche Mahnungen helfen erfah-  
rungsgemäß nicht viel.

### Der Landwirtschaftsrat gegen das System der Kartoffelstafel- preise.

In seinem letzten Wochenbericht wendet sich der Landwirt-  
schaftsrat gegen die Festsetzung der Kartoffelpreise von Woche zu  
Woche oder von Periode zu Periode. — Im Vorjahr wollte man  
mit diesem System eine frühzeitige Herausgabe der Kartoffeln  
erzielen, hat aber gleichzeitig dadurch erreicht, daß in der ge-  
wöhnlichen Weise von den Landwirten alles frühzeitig heraus-  
gerissen worden ist und tausende von Zentnern verderben, ganz  
abgesehen von dem Schaden, der dadurch entstanden ist, daß die  
Kartoffeln nicht anstreifen.  
Der neue Vorschlag des Landwirtschaftsrates verlangt nun  
längeres Festhalten an einem Preis (soll wohl heißen: den höchsten  
Preis für die ganze Dauer der Frühkartoffelernte). Dadurch  
werde frühzeitiges Herausreißen verhätet. Längeres Wachstum  
der Kartoffeln ergäbe Willkuren, denn dieses wichtigen  
Nahrungsmittels. Weiter soll der Höchstpreis sofort revidiert  
werden, wenn die Spätkartoffeln auf den Markt kommen.  
Die Bauern werden durch diesen Vorschlag einen Ausweg  
finden, bei dem sie nicht zu kurz kommen. Am besten wäre es  
auch hier, wenn man die Verbraucherbezirke in ständiger Füh-  
lung hielte mit ihrem Landpreis, dem sie zur Lieferung zugewiesen  
sind. Durch Abzug müßte dann die Menge angefordert werden,  
die nötig ist, durch Sachverständige geprüft werden, wie weit mit  
der Ernte gegriffen werden darf. Nur die innige Verbindung  
zwischen Erzeuger und Verbraucher kann die Ordnung bringen,  
die im Interesse beider liegt.

### Die Höchstpreise für Obst.

Die Höchstpreise für Obst sind jetzt bekanntgegeben worden.  
Sie haben in den Kreisen des Publikums allgemein enttäuscht,  
weil sie weit über den Satz hinausgehen, der bei der guten Ernte  
als angemessen erklärt werden kann. Man darf nämlich nicht  
vergessen, daß der Preis, der durch die Presse ging, für die Er-  
zeuger bestimmt ist. Die Ware wird dann durch den Trans-  
port, Verpackung, durch den Großhandel und den Kleinverkauf im  
gewöhnlichen Fall noch um etwa 40, im ungünstigsten Falle bis zu  
60 Prozent verteuert. Zum Schluß kommen Preise heraus, die  
wirklich enorm genannt werden müssen. Bei den Waren, wo man  
zwei Sorten bezeichnet hat, die im Preise dann verschieden be-  
zeichnet sind, darf man versichert sein, daß die zweite, billigere Gar-  
natur für das Publikum nicht zu haben sein wird.

### Weinpreis.

So alles doppelt und dreifach erhöht wird, da darf der Wein  
notürlich nicht fehlen, bei dem man es schon früher nicht so genau  
zählt. Auf einer vertraulichen Besprechung der Weininteressenten,  
die vorige Woche in Berlin stattfand, wurde diese Frage be-  
sprochen und eine Abminderung des Weinpreises gewünscht, ferner  
die Herstellung weinähnlicher Getränke besprochen.  
In erster Linie sollen mehr als früher die Beerenweine her-  
angezogen werden. Besonders der Johannisbeerenwein sei vorzu-  
ziehen, aber auch Heidel-, Stachel-, Erd-, Him-, und Brombeer-  
weine sollen in Zukunft den echten Wein ersetzen. Auf dem  
Johannisbeerenwein wurde auf dieser Lagung ein Loblied gesungen.  
Hierbei spielt nun die Frage des Zuckers eine wichtige Rolle.  
Demnach, so betonte die Besprechung, hat es 1916 gehapert. Die  
Weinpreise des vergangenen Jahres sei besonders darauf zurückzu-  
zuführen. Die Weinzeuger verlangen in diesem Jahre entchie-  
den größere Mengen Zucker, um für 1917 mehr erzeugen zu  
können.  
Besonders der Apfelwein soll eine große Lücke ausfüllen. Die  
Schnitzweine für Obst und Gemüse wird erhöht, ihre Ra-  
zungen so zu treiben, daß dieses neue Jahr keine solche verkehrte  
Beschlüsse erlassen werden, wie 1916. Auch plädierten die  
Erzeuger für die Gestaltung des Zuckers und Tresterausnutzung.  
Unter Trester versteht man bekanntlich die Klumpen wie  
Egeln, die zum Teil schon früher zur Herstellung einer  
Branntweinstoffe benutzt wurden.  
Es ist richtig, daß die Weinpreise ohne Zuckers dieser Art  
nicht sein kann. Aber immerhin ist doch die Verteilung von

Obst, Beeren und Zucker für Brotausrichtung wesentlich wichtiger  
als zur Herstellung von Wein. Wir meinen, daß in allererster  
Linie diese Bedürfnisse sichergestellt werden müssen. Jetzt ist  
klar, daß dann noch Reizen da sind, so ist nichts dagegen einzuwen-  
den, daß sie für Zwecke der Weinherstellung frei gegeben werden

## Gewerkschaftsbewegung.

### Drohende Differenzen im Baugewerbe.

Nach einer Meldung der Magdeburger „Volksstimme“ drohen im Baugewerbe neue Differenzen auszubrechen. Die  
Ursache ist höchst eigenartig.

Bekanntlich ist Ende April eine Verständigung über die  
Teuerungszulage erfolgt. Das Reichsamt des Innern verhandelt  
dann mit den Unternehmern über die Erstattungsfrage.  
Von den Arbeitern, die an diesen Verhandlungen nicht teilnahmen,  
war angenommen worden, daß der Erstattungsanspruch an die  
Unternehmen, die die Teuerungszulage zahlen, zuerkannt werden  
würde. Nun stellt sich aber heraus, daß die Erklärung des Reichs-  
kanzlers vom 5. Mai über diesen Punkt folgendes besagt:

Die Rückvergütung erhalten die Mitglieder des Arbeit-  
geberbundes, die diesem am 27. April 1917 angehört haben.  
Zurückvergütet werden die zwischen dem Arbeitgeberbund und  
den Zentralverbänden der Bauarbeiter am 26./27. April 1917  
vereinbarten, an die in den einzelnen Tarifverträgen aufgeführ-  
ten Arbeiterkategorien zu zahlenden und tatsächlich gezahlten  
Beträge der zweiten Kriegszulage von 15 Pfg., soweit die emp-  
fangsberechtigten Arbeiter auf Bauten beschäftigt sind, die für  
Rechnung des Reiches oder der Bundesstaaten aufgeführt wer-  
den oder die von anderen Bauherren für Zwecke der Heeres-  
ausrüstung oder des Heeresbedarfs oder zur notwendigen Ver-  
sorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder anderen un-  
entbehrlichen Bedarfsgegenständen errichtet werden. Die Er-  
stattung findet jedoch nur dann statt, wenn der Bauntertrag  
spätestens am 15. April 1917 abgeschlossen war oder wenn er auf  
Grund eines bis zu diesem Tage abgegebenen bindenden An-  
gebots des Bauunternehmers zustande gekommen ist.

Es besteht also die Gefahr, daß diejenigen Arbeiter,  
deren Arbeitgeber bis zur angegebenen Frist nicht Mitglieder  
des Arbeitgeberbundes waren, leer ausgehen  
werden, da die Unternehmer die Zulage nicht aus eigener Tasche  
bezahlen wollen. Die Sache läuft somit auf eine Art  
Bestrafung der Arbeiter hinaus, die bei unorgani-  
sierten Unternehmern arbeiten. Für die Mitglieder des Ar-  
beitgeberbundes aber wird ein Vorrecht geschaffen. „Der Wort-  
laut der Erklärung des Reichskanzlers“, so schließt die Zeitschrift,  
„verstoßt gegen den zwischen den Tarifparteien bestehenden Vertrag.“  
Er wird dadurch zwar nicht beseitigt oder ungültig. Aber wie  
glaublich kaum, daß die Arbeiterorganisationen diesen Verstoß des  
Arbeitgeberbundes gegen den Tarifvertrag so ruhig hinnehmen  
werden.“

Strassenbahnrentnerstreik in Köln. In Köln ist ein Teil der  
weiblichen Strassenbahner in den Ausstand getreten. Die Ursache  
des Streiks ist die Unzufriedenheit der weiblichen Strassenbahner  
mit den bestehenden Löhnen. Ferner wird für jeden zehnten Tag  
Dienstfreiheit verlangt, während bisher nur der fünfzehnte Tag  
Ausruhe war, ohne Gewährung des Tagelohnes. Es sind Verhand-  
lungen mit der Stadtverwaltung eingeleitet.

## Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilter Malzschieber. Die Strafkammer in Bamberg  
verurteilte den Braumeister Bader aus Böckend in Thüringen  
wegen Malzschiebung an die Bauern Aktienbrauerei zu 8000  
Mark Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis.

Eine gemeine Tat. Die 25jährige Frau Emilie Richter aus  
Berlin hatte, wie die „Kreuz-Ztg.“ meldet, ihrem Gatten ins  
Feld mit Stroh und beschriebenen Kuchen und Wärfelzucker ge-  
schickt. Die Sendung erhielt ein anderer Landsturmmann na-  
mens Richter in derselben Kompagnie. Er lag 14 Tage krank  
an Bergigung. Die Gistmischerin wurde zu fünf Jahren  
Zuchthaus verurteilt.

Wieder ein Getreideschieberprozeß. Aus Posen wird ge-  
schrieben: Ein neuer Getreideschieberprozeß begann Montag vor  
der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter dem  
Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehrenberg. Angeklagt sind der  
Kaufmann Hans Schimkat aus Posen, der schon im letzten Ge-  
treideschieberprozeß zu Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt  
worden ist und sich immer in Untersuchungshaft befindet, der  
Kittlergutbesitzer Theophil Galinski und der Kaufmann Theodor  
Galinski, beide aus Posen bei Neumittelwalde in Schlesien. Die  
Angeklagten haben unbefugt beschlagnahmte Getreide gekauft und  
verkauft, vermehren lassen, übermäßigen Gewinn erzielt, Zude-  
rüber an andere Stellen, als an die behördlich bestimmten abge-  
koffert, Roggen- und Weizenmehl gehandelt und gegen die ver-  
ordentlichsten Bundesratsverordnungen bei ihren Geschäften ver-  
stoßen. Schimkat hat außerdem Beamte in der Provinz Posen  
und zwar Unterbeamte, wie Weizenkeller, Wagenschieber usw.  
mit kleinen Beträgen bis zu 25 Mark zu bestechen versucht.

## Aus Nah und Fern.

Großer Waldbrand im Faldatal. Ein großer Waldbrand  
hat im unteren Faldatal zwischen Kassel und Hann.-Münden  
5000 Quadratm. wertvollen Tannenbestand eingeschert. Es  
wird Brandstiftung angenommen.

Ein stark verdächtiger Kommerzienrat. Dem „Berliner Lokal-  
anzeiger“ wird aus Düsseldorf gemeldet: Auf den Befehl der  
Strafkammer war der wegen Kriegswunders verhaftete Kommer-  
zienrat Hermann Schöndorff gegen Hinterlegung einer Sicherheit  
von 2 Millionen Mark vorläufig aus der Haft entlassen worden.  
Der Staatsanwalt erhob gegen diesen Befehl Beschwerde und  
das Oberlandesgericht hat den Befehl der Strafkammer aufge-  
hoben. Schöndorff wurde wieder in Haft genommen.

Wolkenbrüche im Taunus. Ein großer Teil des Taunus, vor  
allem die westlichen Teile des Gebirges, von den Ausläufern des  
Feldberges über die Sattelung von Niederhausen bis ins Rhein-  
gange-Gebirge, ferner Teile des Lahntales in der Gegend von Lim-  
burg und Teile des Rheintales bei St. Goar und Boppard haben  
Ausgang voriger Woche schwer unter heftigen Gewittern,  
die von Hagel und Wolkenbrüchen begleitet waren, zu leiden ge-  
habt. In etwa einem Duzend Ortschaften und kleiner Taunus-  
nütchen längs der Bahn Frankfurt a. M. — Limburg sind durch die  
Schnee- und Regenmassen, die in Keller und Erdgeschosse fluteten, erhebliche  
Schäden angerichtet worden, jedoch die Wohnungen teilweise ge-  
räumt werden mußten. Das Vieh konnte in der Hauptsache ge-  
rettet werden. Auch die unmittelbare Nachbarschaft Wiesbadens,  
im Nordosten der Stadt, wurde stark betroffen, und im Rheintal  
machte die Verschüttung der linksrheinischen Strecke durch Schlamm  
und Geröll oberhalb Boppards eine Umleitung von Zügen über  
die rechtsrheinische Linie erforderlich.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.